

05.07.2025

Stellungnahme des Bundesverbandes für Türkisch und Mehrsprachige Bildung zur Diskussion um eine Obergrenze für Kinder mit Migrationshintergrund in Schulklassen

Die Diskussion um eine mögliche Obergrenze für Kinder mit Migrationshintergrund an deutschen Schulen, wie sie von Bildungsministerin Karin Prien als „denkbar“ bezeichnet wurde, sehen wir mit großer Sorge und lehnen sie entschieden ab.

Eine solche Quote widerspricht dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes. Artikel 3 Absatz 3 GG stellt klar: „Niemand darf wegen seiner Herkunft oder Sprache benachteiligt werden.“ Eine schulische Begrenzung aufgrund der Biografie oder Herkunft von Kindern wäre eine direkte Benachteiligung – und somit verfassungswidrig. Der sogenannte „Migrationshintergrund“ ist ein statistisches, kein pädagogisches Merkmal. Er sagt weder etwas über den Sprachstand, die Lernmotivation noch die Bildungsfähigkeit eines Kindes aus. Eine solche Pauschalisierung ist weder fachlich noch menschlich zu rechtfertigen. Statt Kinder nach ihrer Herkunft zu sortieren, brauchen wir vielfältige, gut ausgestattete Schulen mit ausreichend qualifiziertem Personal, in denen Unterschiede als Stärke gesehen und gezielt gefördert werden.

Teilhabe gelingt durch gemeinsame Erfahrungen, nicht durch Separierung. Wer Obergrenzen fordert, zementiert Trennung und Ausgrenzung – und widerspricht damit dem Bildungs- und Integrationsauftrag der Schule. Kinder mit Migrationsgeschichte bringen Mehrsprachigkeit, kulturelle Erfahrungen und soziale Kompetenzen mit, die unsere Gesellschaft bereichern. Diese Potenziale gilt es zu fördern, nicht zu deckeln. Die Herausforderungen an Schulen mit hoher Heterogenität sind bekannt – sie lassen sich aber nicht durch eine „Obergrenze“ lösen, sondern nur durch mehr Personal, gezielte Sprachförderung, multiprofessionelle Teams und eine langfristige Stärkung des Bildungssystems.

Der Bundesverband ist der Meinung, dass eine Quote für Kinder mit Migrationshintergrund nicht nur realitätsfern und diskriminierend ist – sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Statt Herkunft zum Problem zu erklären, müssen wir Bedingungen schaffen, unter denen jedes Kind – unabhängig von seiner Biografie – sein Potenzial entfalten kann. Das ist der Auftrag einer demokratischen Schule.

Im Namen des Bundesvorstands

Bilge Yörenç (Co-Bundesvorsitzende – Hamburg)

Orhan Güner (Co-Bundesvorsitzender – Niedersachsen)